

Innsbruck auf Platz 1!

Gastkommentar von Michael Hennermann

Erschienen in der FREIRAD-Programmzeitung April-Juni 2020

Was viele Wacker-Fans als Schlagzeile jubeln lassen würde, ist leider die traurige Erkenntnis des Vergleichs der Mietpreise österreichischer Gemeinden: „In Innsbruck wurde erstmals die Marke von 16 Euro pro Quadratmeter im Durchschnitt überschritten. Innsbruck ist damit die teuerste Landeshauptstadt Österreichs.“ (ORF online 6.9.2017) Seit da verteidigt Innsbruck wacker diese Position. Diese Entwicklung kam nicht über Nacht, nicht nur Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe weisen auf ihre Erfahrungen aus der täglichen Arbeit mit Angebotsnutzer_innen in Tätigkeitsberichten, Gesprächen mit Politiker_innen und über Medienberichte vor allem in den letzten 10 bis 15 Jahren vehement auf die sich immer schneller verschärfende Notlage für immer größere Teile der Bevölkerung hin. Unterstützt und belegt durch erhobene Zahlen – „In Innsbruck sind laut Statistik Austria die Preise für Wohnungen zwischen 2010 und 2016 um 50,6 Prozent gestiegen...“ (ORF online 28.3.2017) – fand sich das Thema dann auch auf den Wahlkampfplakaten aller Parteien wieder. Zu glauben, dass das Thema auch von allen ernst genommen wird, ist leider, wie so oft beim Glauben, eine falsche Hoffnung. Viele Ideen wurden kolportiert, meist wurde auch beinahe gleichzeitig erklärt, warum das leider „nicht geht“: Mietpreisdeckel (die wahrscheinlich treffsicherste Maßnahme bei gleichzeitigem Leerstandsverbot) – Bundesache. Leerstandsverbot – Eingriff ins Eigentumsrecht. Leerstandserhebung – Datenschutz. Städtische Wohnungen bevorzugt für wohnungslose und oder einkommensschwache Menschen – Wohnungsvergaberichtlinien/Mietzinssprünge im Rahmen der Wohnbauförderung. Wohnbauoffensive – Grundstückspreise für sozialen Wohnbau zu hoch. Baubewilligungen und Widmungen ausschließlich für den persönlichen Wohnbedarf oder die Vermietung über die städtische Wohnungsvergabe – verschreckt wichtige Investor_innen. Interessent_innenmodell (Wohnungen dürfen zuerst nur für die Deckung des nachgewiesenen Wohnbedarfs gekauft werden, gibt es keine entsprechenden Interessent_innen können Wohnungen an irgendwen verkauft werden) – verschreckt wichtige Spekulant_innen. Und so weiter, Aufzählung nicht vollständig!

Zusammengefasst kann behauptet werden, dass Wohnen noch immer nicht in erster Linie als selbstverständliche Grundversorgung der Bevölkerung gesehen wird, sondern vielmehr Eigentumsrechte und Möglichkeiten Profite zu maximieren die Wohnpolitik – freilich nicht nur in Innsbruck – bestimmen. Für die tägliche Arbeit in der Sozialberatungsstelle, der Delogierungsberatungsstelle und den anderen Einrichtungen des Vereins für Obdachlose bedeutet das, dass wir uns weiter bemühen – doch unser Bemühen reicht nicht. Reicht so lange nicht, bis alle kapiert haben, dass Wohnen neben Nahrung und Fortpflanzung zu den menschlichen Grundbedürfnissen gehört.

Michael Hennermann ist Geschäftsführer des Vereins für Obdachlose in Innsbruck